

gemeinsame Berührungspunkte mit den Nationalliberalen hat, wenn er zum größten Theile das billigt, was die Nationalliberalen wollen, ja, wozu candidirt er denn da? Die Aufhebung des Sozialistengesetzes, welche er erstrebt, ist es doch nicht allein, die ihn in den Gegensatz zu den Nationalliberalen bringt, da die Letzteren gleichfalls gegen die Ausweisung sind!

Wenn Herr Krause in so vorsichtiger Weise die wahren Ziele der freisinnigen Partei mit dem Mantel der christlichen Liebe — um sein eigenes Wort zu gebrauchen — zu bedecken wußte, so glaubte Herr Hermes diese zarte Rücksichtnahme auf die Gesinnung der überwiegenden Mehrzahl der Wähler nicht nehmen zu sollen und erging sich in unverhülltestem Berliner Localtone in den heftigsten Schmähungen gegen die Nationalliberalen. Eine unzählige Menge der abgedroschensten Versammlungssphrasen wurden mit dem Brusttone der Ueberzeugung vorgetragen und in orakelhaften Wendungen wußte der Herr Aquariumsdirector zu weisen, daß die Nationalliberalen auf den Aussterbeetat gesetzt seien, daß sie ausgespielt hätten und daß aus den kommenden Wahlen kaum die Hälfte der jetzigen Mitglieder wieder hervorgehen werde. Wir können uns nicht versagen, einen Theil seiner scherzhaften Aeußerungen unsern Lesern aufzutischen. Nach Hermes sind die Nationalliberalen seit 1884 keine liberalen Männer mehr, sind die Nationalliberalen Verräther an der liberalen Sache des Volkes, sind die Nationalliberalen Fasager, wozu man aber eben so gut Dienstmänner benutzen könnte. Ferner sei es ihm unverständlich, wie ein Nationalliberaler für das Sozialistengesetz habe eintreten können und weiter hätten die Nationalliberalen auch gegen ihre Ueberzeugung dem Fürsten Bismarck nachgegeben. In diesem Tone ging es über eine Stunde fort und es versteht sich von selbst, daß alle die mit erhobener Stimme hinausposaunten Kraftstellen mit lauten Zurufen Seitens der anwesenden Parteigenossen begrüßt wurden.

Nach eröffneter Diskussion begehrte Hr. Höhne das Wort, um gegen die Herren Hermes und Krause Front zu machen und mit den nicht ganz parlamentarischen Worten zu schließen: „Wir brauchen keinen Schulmeister!“

Hierauf ergriff Redakteur Frisch von dieser Zeitung das Wort und hob hervor, daß es ihn wundere, wie schnell Herr Hermes seine und der Freisinnigen Vergangenheit vergessen habe. Er erläuterte dann, wie am 10. Mai 1884 in der dritten Lesung des Sozialistengesetzes von den 100 Freisinnigen, die damals der Reichstag zählte, 26 für die Verlängerung des Gesetzes und 61 gegen dasselbe gestimmt, 13 der Herren aber gefehlt hätten. Er erläuterte ferner an der Hand zweier Briefe, welche die demokratische „Volkszeitung“ in ihrer Nr. 15 von 1885 veröffentlicht hat, daß die dreizehn Fehlgänger nicht freiwillig gefehlt hätten, sondern durch Briefe, die der Herr Otto Hermes, derselbe Herr, der eben so emphatisch gegen das Sozialistengesetz gedonnert habe, im Namen der Parteileitung geschrieben habe, zum Fehlen in der Sitzung aufgefordert und so abkommandirt worden seien. Hr. Hermes wußte hierauf nur zu entgegnen, daß die ganze Angelegenheit Verleumdung sei und als ihm Redakteur Frisch erwiderte, daß der Brief vom ehemaligen freisinnigen Abgeordneten Kämpfer herrührte und daß Herr Hermes es mit diesem Herrn ausmachen möge, wenn er ihn der Verleumdung bezichtige, so forderte Herr Hermes zu wissen, ob sein Name aus dem Briefe hervorgehe und wer abkommandirt habe. Der Redakteur Frisch wurde durch den Schluß der Versammlung, wie oben geschildert, verhindert, die gewünschten Namen zu nennen, da es aber zur Klarstellung der Angelegenheit und zur Kennzeichnung des Herrn Hermes und seiner Kampfweise dient, so wollen wir die sich auf Herrn Hermes beziehende Stelle des Briefes des alten Freisinnigen Kämpfer hier mittheilen. Kämpfer schreibt an den Redakteur Philipps von der „Volkszeitung“:

„Otto Hermes, von mir (Kämpfer) befragt, in weissen Auftrag er diese Briefe geschrieben, antwortete: „Nun, in Eugens Namen.“

Hieraus geht, ohne eine Nebenbedeutung zuzulassen, klipp und klar hervor, daß Herr Hermes einem Fraktionscollegen gegenüber, von dem er wahrscheinlich erwartete, daß dieser die schmutzige Sache geheim halten würde, offen zugegeben hat, die Briefe, und zwar im Namen des Parteihauptes Eugen Richter geschrieben zu haben. Wie zu dieser notorischen Thatsache das Wort „Verleumdung“ paßt, darüber weiß wahrscheinlich Herr Hermes selbst nicht Auskunft zu geben.

In sehr energischer Weise trat noch Herr Ludwig Ferrmann den Ausführungen des Herrn Hermes über Colonialpolitik, Marinewesen, Sozialistengesetz und mehrere andere sogenannte freisinnige Programmpunkte entgegen, sodas Herr Hermes alle Hände voll zu thun hatte, sich der auf ihn anstürmenden Gegner zu erledigen. In mehrfachen Ansprachen betonte Herr Ferrmann, daß Herr Hermes sorgfältig Alles das, was die Nationalliberalen zur Wüderung des Sozialistengesetzes gethan hätten, mit Stillschweigen übergangen habe, daß er mit Zahlen und sich herum-

geworfen habe, die ihm zu beweisen schwer fallen werde, daß er Marine und Colonialpolitik verquidelt habe u. s. w. u. s. w. Herr Hermes erwiderte so gut oder so schlecht es ihm möglich war, bis gegen 11 Uhr die Versammlung in der oben geschilderten Weise geschlossen wurde.

Der ganze Verlauf der Versammlung aber und namentlich das über alle Massen heftige Auftreten des Herrn Otto Hermes dürfte der freisinnigen Sache in den Augen jedes Nichtverblendeten mehr geschadet als genügt haben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Berlin, 5. Februar. Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ bringt an der Spitze seiner heutigen Ausgabe folgende bedeutsame Allerhöchste Erlasse an den Reichskanzler und an den Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe:

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche Meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brodblos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befeelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kabinette aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm J. R.

Bei Meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, so weit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten theilhaft und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt zu sehen, und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu den Betrieben, behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat. Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der Letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den

Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, 4. Februar 1890. Wilhelm R.

— Die Kundgebung des Kaisers in der Arbeiterfrage beherrscht heute naturgemäß die politische Unterhaltung ausschließlich. In der Anerkennung der hochherzigen landesväterlichen Huld, die aus den Erlassen des jungen Herrschers spricht, sind alle Beurtheilungen einzig, weniger tritt diese Harmonie zu Tage in Bezug auf die Erwartungen und Hoffnungen, die man an die angeregten Maßnahmen knüpft. Es fehlt nicht an Stimmen, die eine ernste Mahnung nicht unterdrücken und der Befürchtung sich nicht entschlagen, das überaus schwierige und nicht unbedenkliche Unternehmen würde die Begehrlichkeit der Besitzlosen in ungezügelter Weise steigern. Noch ist der Eindruck, den die für unser ganzes innere politische Leben hochbedeutsame Entschliegung des warmherzigen Führers der Nation erweckte, zu frisch, zu unmittelbar, um ohne Leidenschaft die Tragweite abzuschätzen — darüber sind sich aber alle hellen Köpfe klar, „gelingt's, ist's ein unsterblich Unternehmen.“

— Oesterreich. Der „Post“ wird aus Wien telegraphirt. Die Erlasse Kaiser Wilhelm's über die Arbeiterfrage machen auch hier großen Eindruck. Das „Wiener Tageblatt“ legt dem Kaiser Wilhelm den Ehrennamen der Arbeiter-Kaiser bei und sagt, das Programm Kaiser Wilhelm's gehe weit über alle offiziellen sozialen Reformprogramme hinaus, welche bis jetzt aufgestellt worden sind. Der anfangs auffällige Umstand, daß unter den Staaten, mit welchen eine internationale Verständigung über die Kaiserliche Anregung zu suchen ist, Oesterreich und Italien nicht genannt sind, wird dahin interpretirt, daß die Zustimmung dieser beiden Staaten zur geplanten Konferenz entweder schon gesichert ist, oder vermöge des bundesfreundlichen Verhältnisses als gewiß angenommen wird. — Die „Presse“ meint, die Erlasse Kaiser Wilhelm's sei eine politische That ersten Ranges, welche für die soziale Frage in Europa lange Zeit epochemachend sein werde. Für die Wahlen bildeten die Erlasse das Programm, durch welches die Arbeit auf den sozialen Gebieten zum Zwecke des Friedens vorgezeichnet werde.

— England. London, 6. Februar. Die „St. James Gazette“ bespricht die beiden Kaiserlichen Erlasse und erkennt in den Vorschlägen des Deutschen Kaisers ein bedeutsames Zeichen der Zeit. Obgleich die Engländer kaum vor schnell den Regierungen in den Arbeiterfragen entgegenkommen würden, so sei doch unleugbar, daß der Strom der Zeit sich in der von dem Deutschen Kaiser angegebenen Richtung bewege. Die „Ball Mall Gazette“ bezeichnet die Erlasse als eins der bedeutendsten Ereignisse in der modernen Geschichte Europas.

— Bulgarien. Aus Sofia eingetroffene Nachrichten melden, daß thatsächlich eine große Verschwörung entdeckt worden ist. Die Verschworenen wollten in der Nacht zum Sonntag bei Gelegenheit eines Hofballes das Palais umzingeln, den Prinzen Ferdinand und die versammelten Minister gefangen nehmen und Mukurov, sowie Stambulow erschießen. Die bei Major Panika vorgenommene Hausdurchsuchung ergab sehr belastendes Material. Man zweifelt nicht, daß auswärtiger Einfluß bei dieser Verschwörung mit im Spiele war. — Einem Privattelegramm aus Sofia zufolge hat thatsächlich ein Umsturzversuch schon stattgefunden und die Zahl der Verhafteten soll bereits 70 betragen.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide. Am Dienstag Nachmittag in der vierten Stunde wurde aus dem Laden des Uhrmachers Herrn Otto Geelhaar hier die Ladenskasse mit 250 M. Inhalt gestohlen. Der Verdacht der Thäterschaft lenkt sich gegen eine im Anfange der dreißiger Jahre stehende untersekte Frauensperson, welche mit schwarzem Kopfstück, schwarzem Rock und roth und schwarz-farbitter Lamajade bekleidet war. In Begleitung dieser Person befand sich ein ungefähr 5jähriger Knabe.

— Borna. Eine nichtswürdige Ruchlosigkeit ist in der Nacht zum Dienstag im hiesigen Bürgerschulgebäude begangen worden. Der 15jährige Knabe, der 15jährige Mäyold und der 10jährige Knopf haben sich Abends nach beendeter Fortbildungsschule im Schulgebäude einschließen lassen und hierauf ihr Zerstörungswerk begonnen. Kein Pult blieb unerbrosen, jedes Klassenzimmer wies Spuren der Anwesenheit der jugendlichen Verbrecher

auf. In einer der Re 7 Uhr, sammeln einer V sonstige auch ein Eltern Verbred gebäude Trag is Erziehu und wo meister, sowie d träge

T u r n der Tu nannten entleert blicklich Stühle, mit M zerspran trugen

T r e u Schüge der Ab schenk u

w e r d Regula nicht ei hebung netenfo ung ein kommer gemeinf das v verordn gelegen schaft in

E l b t h seit An feste, r Eine s Gottes schüssen Zuge v Vor fa Art St die Bet lich ein wohner übrigen

